Dresdner Neueste Nachrichten

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus einschl. Trägerlohn monatlich 2,00 RM. Postbezug monatl. 2,00 RM. einschl. 43 Rpf. Postgebühren (hierzu 36 Rpf. Zustellungsgeb.) Kreuzbandsend.: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer in Dresden und auswärts 20 Rpf.

Schriftleitung, Verlag und Hauptgeschäftsstelle: Dresden-A., Ferdinandstraße 4

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 1spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Rpf., Stellengesuche und private Familienanzeigen 6 Rpf., die 79 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachlaß nach Maßstaffel I oder Mengenstaffel D. Briefgebühr für Ziffernanzeigen 30 Rpf. ausschl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 6 gültig.

Postanschrift: Dresden-A. 1, Postfach • Fernruf: Ortsvertehr Sammelnummer 24601, Fernvertehr 27961—27983 • Telegr.: Neueste Dresden • Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Viktoriastr. 4a; Fernruf: Kurfürst 9361—9366

Postscheck: Dresden 2060 — Nichtverlangte Einsendungen ohne Rückporto werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. — Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 141 — Sonnabend/Sonntag, 19./20. Juni 1937 — 45. Jahrgang

Schicksal der Regierung Blum in der Schwebe

Der Kampf um das Ermächtigungsgesetz — Neue Verhaftungen in Moskau — Feier der Alten Garde im Reichsehrenmal

Konflikt mit dem Senat

Innenminister droht mit Rücktritt der Regierung

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 19. Juni

Ueber das Ermächtigungsgesetz ist nun der offene Konflikt zwischen Regierung und Senat ausgebrochen. Auf die Forderung der Finanzkommission des Senats, daß die Regierung sich mit einem Ermächtigungsgesetz nur gegen die Spekulation und die Steuerflucht begnügen solle, antwortete Finanzminister Vincent Auriol, daß die Regierung an ihren unbeschränkten Vollmachten, wie sie die Kammer genehmigt hätte, festzuhalten gedenke.

Darauf hat die Kommission einen Gegenentwurf angenommen, der die Ermächtigung und den Kampf gegen die Spekulation und die Steuerflucht beschränkt und der dazu noch eine Reihe zusätzlicher Verbote enthält: Es dürfen keine Notverordnungen getroffen werden, die auf eine Devisenkontrolle hinauslaufen, die den freien Gold- und Devisenhandel beschränken, die den Zahlungsverkehr nach dem Ausland begrenzen, die die augenblickliche Parität des Franken ändern, die die Beziehungen der Bank von Frankreich zum Staate irgendwie belasten. Endlich dürfen auch keine Zwangsanleihen aufgelegt und keine Zwangskonvertierungen vorgenommen werden.

Somit wird es zu einer schweren Auseinandersetzung zwischen Senat und Regierung kommen in der Senatsdebatte über das Ermächtigungsgesetz, die heute nachmittag beginnen wird, und es ist mit einer Ablehnung des Gesetzentwurfes durch den Senat zu rechnen. Dann wird nach dem üblichen Brauch die Vorlage wieder an die Kammer zurückgehen, die bereits für heute abend zu einer Nachtsitzung einberufen worden ist, und wenn die Kammer, wie zu erwarten, nochmals für die Ermächtigungen stimmen wird, wird der Senat sich abermals mit der Vorlage zu befassen haben.

Dabei dürfte aber die Regierung dann die Vertrauensfrage stellen, und da man nicht weiß, wie der Senat darauf reagieren wird, ist die Möglichkeit einer Regierungskrise durchaus in den Vordergrund gerückt. Und dabei besteht auch die Möglichkeit, daß bei der zweiten Debatte in der Kammer noch weitere, neue Vorbehalte zum Gesetz beschlossen werden können, und es ist durchaus denkbar, daß die Kommunisten eine erneute Zustimmung zu dem Gesetz von der Erfüllung ihrer Forderung abhängig machen, Kommunisten in die Regierung aufzunehmen. So ist es völlig unmöglich, irgend eine Voraussage über den Ausgang dieser schweren parlamentarischen Krise und das Schicksal der Regierung Blum zu machen. Jedenfalls hat der Innenminister bereits offen erklärt, daß die Regierung zurücktreten werde, wenn der Senat die von ihr verlangten Vollmachten nicht annehme.

(Siehe hierzu den Artikel im Wirtschaftsteil.)

Pariser Großhotels schließen?

Telegramm unsres Korrespondenten

H. Paris, 19. Juni

Nachdem die Gewerkschaft der Bauarbeiter in Paris für Montagnachmittag einen halbtägigen Demonstrationsstreik proklamiert hat, haben die Arbeitgeber beschlossen, am Dienstag sämtliche Baustellen zu schließen und die streikenden Arbeiter wegen Verstoßes gegen die Tarifverträge zu entlassen. Auf die Ankündigung der Gewerkschaft der Hotelangestellten, daß sie am Mittwoch in Streik treten würden, erklären die Hotelbesitzer ihrerseits, daß sie den Streik mit der sofortigen Schließung der großen Hotels beantworten würden. Nur die kleinen Betriebe, die vom Besitzer selbst und seinen Familienmitgliedern notdürftig in Gang gehalten werden können, sollen weiter geöffnet bleiben.

Bei Streikzwischenfällen im Hafen von Tunis wurden 27 Polizisten und Soldaten durch Steinwürfe der Streikenden verletzt.

Humane Kriegführung verlangt

Appell des Nichteinmischungsausschusses an die Kämpfenden in Spanien

Telegramm unsres Korrespondenten

A. London, 19. Juni

Die gestrige erste Sitzung des wiedervereinigten Nichteinmischungsausschusses ist ohne Zwischenfall verlaufen. Sie hat nicht einmal eine halbe Stunde gedauert und im Auftrag des 27gliedrigen Ausschusses läßt jetzt die englische Regierung einen Aufruf an die Parteien zur Humanisierung des Kampfes in Spanien ergehen.

In seiner Ausdehnung auf alle in Betracht kommenden Erscheinungsformen des Krieges trägt der Aufruf der deutschen und italienischen Auffassung Geltung gegenüber dem ursprünglichen einseitigen Vorschlag Englands. Der Nichteinmischungsausschuß fordert die Kämpfenden auf, sofort

Schritte zum Schutze der Nichtkombattanten

jeden Alters und Geschlechts zu tun und den politischen Hinrichtungen ohne Rechtsverfahren ein Ende zu machen. Geiseln und Kriegsgefangene sollen menschlich behandelt werden. Für die Zukunft soll das Festhalten von Geiseln abgeschafft und alle nichtspanischen Gefangenen, die am Kriege nicht teilgenommen haben, freigelassen werden. Nach gleichen Grundsätzen sollen beide Parteien mit den nichtmilitärischen Anhängern des Kriegsgegners verfahren, die sich in ihrem Gebiet aufhalten. Beide Seiten sollen auch die

Zerstörung aller offenen Städte und Dörfer

sowie andrer nichtmilitärischer Objekte verzichten. Die Annahme dieses Aufrufes hätte nur ein paar Minuten in Anspruch genommen, wenn nicht der sowjetrussische Botschafter eine lange Rede gehalten hätte, in der er erklärte, an den Erfolg des Aufrufes glaube er nicht. Die englische Regierung hat inzwischen eine

Note aus Salamanca

erhalten, in der die Regierung des Generals Franco sie auffordert, ihr die Rechte einer kriegführenden Partei zuzubilligen. Die so aufs neue angeschnittene Frage wurde Ende vorigen Jahres vom englischen Kabinett verneinend entschieden, und bis jetzt wird in amtlichen Kreisen sorgfältig jede Andeutung vermieden, die auf eine Aenderung dieses Kabinettsbeschlusses schließen ließe, aber dies hat nichts mit der andern Frage zu tun, ob England die Regierung von Salamanca als

Träger der spanischen Souveränität

anerkennen will. Durch das Interview mit General Franco, das die „Times" gestern veröffentlichten, ist auch dieses Problem in ein neues Licht gerückt. Die englische Spanienpolitik ist bis heute nicht zum geringsten Teil darauf aufgebaut, daß zwischen den Bürgerkriegsparteien schließlich doch ein Kompromiß möglich sein werde. Es konnte nicht deutlicher gesagt werden, als Franco es in seiner Unterredung mit dem „Times"-Korrespondenten tat, daß diese Hoffnung auf falschen Voraussetzungen beruht, und die praktische Schlußfolgerung daraus geht dahin, daß mit dem Aufschub der englischen Anerkennung nichts zu gewinnen ist.

Becks Besuch in Paris

× Paris, 19. Juni

Der Chef des Generalstabes des Heeres, General Beck, der, wie in einem Teil der gestrigen Ausgabe berichtet, Verteidigungsminister Daladier einen Besuch abgestattet hat, besuchte heute vormittag das Haus der deutschen Gemeinschaft, wo er vom Pariser Ortsgruppenleiter der NSDAP. empfangen wurde.

Heute mittag weilt General Beck zu Gast beim deutschen Botschafter Graf Welczeck. An dem Essen nehmen u. a. teil der französische Generalissimus Gamelin und der Präsident des Empfangsausschusses für die Internationale Ausstellung, Graf de Castellan. General Beck wird am Sonntagabend die Heimreise antreten.

Von Sonntag zu Sonntag

Was im Ausland geschah — Ein Querschnitt durch die Weltpolitik der Woche

Die Einladung aus London

Eine Einladung aus London ist nach Berlin gekommen. Der Außenminister Englands hat den Außenminister des deutschen Reiches eingeladen zu einem politischen Gespräch, und der Reichsaußenminister wird in der kommenden Woche den englischen Ministerbesuch in der Reichshauptstadt vor zwei Jahren erwidern. Das ist der schlichte Tatbestand, der der ganzen Weltpresse als das wichtigste Ereignis der vergangenen Woche gilt, und es offenbart die tiefe Verdüsterung, die den Himmel Europas bislang verdunkelt hat, daß dieses Gespräch zwischen Staatsmännern zweier Nachbarnationen in vielen Kreisen des Westens wie eine Sensation wirkt. Eine Aussprache zwischen Außenministern zweier Völker, die keine Kluft unüberbrückbarer Gegensätze, nicht einmal die natürliche Scheidewand entgegengesetzter Interessen trennt, wird in vielen Teilen des Europa von 1937 als Außergewöhnlichkeit empfunden — aufschlußreiches Anzeichen allerdings, wie steil die Fieberkurve Europas angestiegen war, bis nun die Zeichen europäischer Selbstbesinnung sich gemehrt haben.

Das deutsche Volk unter der Führung Adolf Hitlers ist von solchem Fieber nie ergriffen gewesen. Der Historiker, der später einmal die Geschichte der europäischen Politik in den Jahren von 1933 bis 1937 schreiben wird — eine Geschichte reich an Spannungen und Irrtümern und nur zu oft eine Geschichte von Mißverständnissen —, wird, so er ehrlich sein wird vor der Geschichte, feststellen müssen, daß niemals in Deutschland beim Blick über den Kanal eine andre Ueberzeugung geherrscht hat als die klare Erkenntnis, daß das natürliche zwischen England und Deutschland gute Beziehungen seien. Diese deutsche Erkenntnis ist frei von Sentiments, die immer Untiefen für die politische Seele sind. Sie ruht in der einfachen Tatsache, daß niemand in Deutschland eine Antwort geben könnte auf die Frage, was denn England und Deutschland zu Feinden machen müsse.

Der „Familienrat" des Empire

Jenseits des Kanals allerdings — dies sei nur rückblickend registriert, ohne Bitternis und Belastung des zukünftigen — glaubte mancher im Banne einer Flutwelle von Verleumdung des neuen Deutschland eine Antwort auf diese Schicksalsfrage der deutsch-englischen Beziehungen geben zu können und geben zu müssen. Ein Engländer selbst hat in den vergangenen Tagen seine Landsleute gewarnt, die des Glaubens waren, eine „Volksfront der Nationen" gegen das neue Deutschland aufrichten zu müssen, und seine Meinung war auch nach allen Anzeichen die Ansicht der britischen Reichskonferenz, die in der vergangenen Woche ihren Abschluß gefunden hat. Der „Familienrat" des englischen Weltreiches pflegt, wie jede Aussprache zwischen Verwandten, hinter verschlossenen Türen stattzufinden und die tief im englischen Wesen wurzelnde Abneigung gegen prinzipielle und allgemeine Beschlüsse liegt auch ihm im Blute. Es ist denn auch nicht viel von solchen Beschlüssen verlautet, und Ministerpräsident Chamberlain hat offen erklärt, daß die Konferenz „nichts Aufsehenerregendes" gebracht habe. Aber die Meinung ist allgemein — und so dicht halten auch die Türen eines Familienrates nicht, daß solche Kenntnisse nur Hypothesen bleiben müßten —, daß die Männer aus Uebersee jede Politik abgelehnt haben, die sich auf eine Trennung der Nationen in weltanschauliche Lager ausrichten wolle oder eine solche Trennung fördere. Den Leitern der Dominions, von denen der Australier nach Japan, der Kanadier nach Washington, der Südafrikaner auf seinen Kontinent schaut, liegt Europa ferner als den Männern im Foreign office; aber für wie wichtig sie eine europäische Verständigung gehalten haben, erhellt aus ihrer Empfehlung, die Völkerbundssatzung von den Friedensverträgen zu lösen, und damit einen Giftpfeil, der aus dem Jahre der europäischen Katastrophe von Versailles stammt, aus dem Fleische Europas zu lösen.

Die „Rückkehr zum Realismus", die ein englisches Blatt in der Politik seines Landes jetzt feststellt, hat auch in der Reichskonferenz einen Rückhalt gefunden, der von nicht unbeträchtlichem Gewicht ist, und ihre Mitglieder dürften nicht zu den Leuten gehört haben, die nach dem sarkastischen Ausspruch eines Engländers in ihrer Politik Deutschland gegenüber „die Elefanten um den Tiger stellen wollen". Der Sprecher dieses Satzes hat hinzugefügt, daß die Anhänger dieser Methode übersähen, daß nicht [illegible] Kaninchen seien. Wir in Deutschland müssen hinzusehen, daß nirgends ein Tiger zu sehen ist und dieser Tiger nur ein Schreckgespenst irregeleiteter Phantasie ist.

Achse des Friedens

Auch im politischen Leben und Denken scheint die Erkenntnis neuer Art und neuer Erscheinung ihre Zeit zu brauchen. Wer von Jugend auf gewöhnt war, alle Politik auf den Generalnenner von Allianzen zu bringen, die Fronten gegen Dritte sind, dessen politische Arithmetik stößt auf das große X, die unbekannte Größe in einer Politik der Freundschaft und Zusammenarbeit ohne Hintergedanken. Dies aber ist die Politik des neuen Deutschland, immer verkündet vom Führer, immer bekräftigt durch die Taten. Die große Politik der vergangenen Jahre in Europa ist nicht arm gewesen an Allianzen! Deutschlands großer Beitrag aber zu ihr waren Verständigungen. Jene Allianzen suchten Bollwerke zu schaffen, diese Verständigungen schlugen Brücken zwischen den Völkern, und die Achse Berlin—Rom, in noch nicht Jahresfrist ein Fundament Europas geworden, erweist gerade in dem jetzigen Augenblick europäischer Entspannung ihre Eigenschaft, eine Brücke zu den andern Völkern zu sein. Es ist vielen und auch gescheiten Leuten in Europa nicht eingegangen, in dieser Achse keine Allianz alter Art sehen zu müssen, und wenn ihre Prophezeiungen, daß diese Achse ein Militärbündnis werde, getrogen haben, so munkeln sie jetzt, rasch das Vorzeichen umdrehend, davon, daß der Besuch des Reichsaußenministers in London einen Achsenbruch der deutsch-italienischen Beziehungen bedeuten werde. Angesichts der völligen, sogar in der äußerlichen diplomatischen Handlung sichtbaren Uebereinstimmung zwischen Deutschland und Italien, wie sie gerade im Verlauf der Garantieverhandlungen zu Tage getreten ist, eine sinnlose Phantasterei: aber darüber hinaus ein völliges Mißverstehen der Politik abendländischer Zusammenarbeit, deren Achse das deutsch-italienische Einvernehmen geworden ist.

Mit England in ein besseres Verhältnis zu kommen, heißt nicht für Deutschland, mit Italien in ein schlechteres zu kommen. Eine solche Vorstellung kann nur gedeihen im Bannkreis alter Vorstellung diplomatischer Arbeit, der Politik in Europa ein Kampf von jedem gegen jeden in wechselnden Paarungen und Fronten bedeutete. Daß dieses Spiel oft virtuos gespielt wurde, weiß die Geschichte. Aber die Geschichte weiß auch, an welchen Abgrund Europa diese Virtuosität gebracht hat. Dieses Durch-, Gegen- und Füreinander kann sich das Abendland heute nicht mehr leisten, wo der Weltfeind des Bolschewismus vor den Toren steht, und wer eingesehen hat, daß für Deutschland der Bolschewismus der Weltfeind Nr. 1 ist — und diese Erkenntnis ist immerhin langsam allgemein geworden —, muß auch erkennen, daß Deutschland mit solchem Völkerspiel in Europa seine eigene Politik durchkreuzen würde. Was immerhin für vernünftige Leute ein Argument von gewissem Gewicht bedeuten müßte.

Es denkt ja auch in Deutschland niemand daran, in den Gesprächen Englands mit Deutschland eine Lockerung des Bundes zwischen London und Paris sehen zu wollen, dessen Innigkeit unbezweifelbar ist. Es ist ja nicht nur an dem, daß die englischen Staatsmänner darum so häufig sich mit französischen besprechen, weil der Weg von London nach Genf über Paris führt. Die Bindung London—Paris ist nicht nur eine Angelegenheit der diplomatischen Reiseroute; aber niemals haben Deutschland und Italien ein Wort gegen sie gesprochen. Denn nicht Entzweiung, sondern Zusammenarbeit ist das Ziel der deutschen Friedenspolitik, keiner Kabinettspolitik alter Art, der Abmachung gegen einen andern der diplomatischen Weisheit letzter Schluß war. Es kommt gar nicht so sehr auf Abmachungen an, und wie es im Vorgespräch über den Besuch in London hieß, „entbehren besondere Vereinbarungen jeder Aktualität". Die Gespräche in London werden Gespräche sein, Aussprache über die politischen Probleme in Europa, und Deutschland ist durchaus damit einverstanden, daß sich diese Aussprache, wie es in London heißt, „auf ein sehr weites Feld erstrecken wird"; denn die politischen Mißverständnisse im Europa von heute, wichtiger oft als die politischen Mißhelligkeiten, sind in der Tat ein sehr weites Feld.

Das große Mißverständnis

Zu diesen Mißverständnissen gehört auch das Schlagwort vom „deutschen Drang nach dem Osten", das wieder geschäftig verbreitet wurde, als [illegible]